



Ina Latendorf, MdB

Mitglied des Deutschen Bundestages
Agrarpolitische Sprecherin der Fraktion
DIE LINKE im Bundestag

Pressemitteilung

Kahlschlag im Landwirtschaftsetat unsozial und zukunftsfeindlich!

Berlin, 07.09.2023

Bezug:

Anlagen:

Ina Latendorf, MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Büro: Jakob-Kaiser-Haus

Raum: 1.823

Telefon: +49 30 227-73164

E-Mail : ina.latendorf@bundestag.de

Funktionen:

Agrarpolitische Sprecherin der
Fraktion DIE LINKE

Mitglied im Ausschuss für Ernährung
und Landwirtschaft

Mitglied im Petitionsausschuss

Wahlkreisbüro

Dr. Felix Baumert

Domstr. 5

18273 Güstrow

0151 7017 1157

ina.latendorf.ma03@bundestag.de

Zur 1. Lesung des Haushaltsentwurfes 2024 der Bundesregierung für den Einzelplan des Ministeriums für Ernährung und Landwirtschaft erklärt Ina Latendorf, agrarpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Bundestag:

„Die Ampel reduziert mit diesem Haushalt ganz bewusst die Gestaltungsfreiheit unserer Gesellschaft. Sie pumpt Milliarden und Abermilliarden in die Rüstung und schleift damit wider besseres Wissen die Möglichkeiten einer progressiven Entwicklung.

Uns als LINKE geht es auch darum“, so Ina Latendorf weiter, „den ökonomischen Wahnsinn zu stoppen, der mit diesem Kahlschlag an den Tag gelegt wird. In einer Krise rasiert man nicht die Förderinstrumente, sondern erhöht sie, damit die Betriebe ihre Versorgungsfunktionen erfüllen können.“

Die Obfrau der LINKEN im Agrarausschuss erläutert:

„Der Etat schrumpft. Und dabei liegt der Handlungsspielraum für Agrarstruktur, ländliche Räume, Fischerei, Forstwirtschaft, Ernährung, Forschung und Innovation sowieso nur bei 2,6 Milliarden Euro aus den hier veranschlagten Haushaltsmitteln. Eine chronische Unterfinanzierung der ländlichen Entwicklung ist die logische Folge. Das kann nicht im Interesse unseres Landes sein!“

Ina Latendorf abschließend: „Die Vorschläge der LINKEN zur sozial gerechten Umverteilung von oben nach unten liegen seit Jahren auf dem Tisch – auch für Landwirtschaft und Ernährung. Die Einsicht muss greifen, dass diese Streichungen im Rahmen der Haushaltsberatungen zurückgenommen werden. Das wäre so wichtig für die Menschen in unserem Land.“